



Landkreis Rosenheim



Demografie-Simulation 2050
Ergebnisse & Handlungsansätze

Ein gemeinschaftliches Projekt
in und aus den Gemeinden



Wasserburg



Bad Aibling



Kolbermoor



Bad Feilnbach



Brannenburg



Aschau im
Chiemgau



Neubeuern



VG Breitbrunn



Chiemsee



Gstadt



Prien



Samerberg

Demografie-Simulation 2050

Ergebnisse & Handlungsansätze

Grußwort des Landrats



Der Demografische Wandel ist schon heute eine Herausforderung für unser Land. Im Landkreis Rosenheim haben wir das als Aufgabe erkannt und deshalb wollen wir dieses Thema aktiv angehen. Unser Ziel ist es, Veränderungen frühzeitig zu erkennen und geeignet darauf zu reagieren. Wir sind überzeugt davon, dass der Demografische Wandel



und seine Auswirkungen in vielen Bereichen besser vor Ort gelöst werden können als auf Landes- oder Bundesebene.

Der Landkreis Rosenheim wird allen Mo-

dellrechnungen des bayerischen Landesamtes für Statistik zu Folge weiter wachsen. Schon heute erleben wir stetigen Zuzug. Der Druck auf dem Wohnungsmarkt erhöht sich, die Quadratmeterpreise steigen. Wir werden mehr und gleichzeitig werden wir älter. Die Gründe dafür sind die bundesweit geringe Geburtenrate und der vergleichsweise hohe Altersdurchschnitt der Zuziehenden. Damit stellt sich die Herausforderung der Versorgung einer älter werdenden Gesellschaft für den Landkreis Rosenheim ganz besonders. Schon jetzt ergreifen wir im Landkreis und in unseren Kommunen vielfältige Maßnahmen, um die Pflegelandschaft bei uns vor Ort zukunftssicher zu gestalten.

Der Demografische Wandel ist ein gruppendynamischer Prozess in unserer Gesellschaft. Anders



formuliert, die veränderte Altersstruktur in der Bevölkerung wirkt sich selbstverständlich auch auf das Leben der Jüngeren aus. Daher haben wir neben unseren Maßnahmen für die ältere Generation ein bundesweit bislang einzigartiges Demografie-Simulationsprojekt ins Leben gerufen. Das Dankeschön für die Anregung hat sich unsere Kommunale Jugendarbeit im Landkreis Rosenheim verdient. Auf deren Initiative erarbeiteten Bürgermeister, Fachleute aus den Gemeinde- und Stadträten, den Verwaltungen sowie Wirtschaftsförderungen, Sozialverbänden und Vereinen in zehn Workshops in kleinen und großen Kommunen in unserem Landkreis lokale Handlungsperspektiven, um ein aktives Gesellschaftsleben auch bei einem geringer werdenden Anteil junger Menschen aufrecht

zu erhalten. Gleichzeitig wollen wir als Landkreis positive Lebensbedingungen für junge Menschen schaffen, die es ermöglichen, hier weiterhin ein gutes Leben zu führen. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, attraktiver für den Zuzug junger Menschen zu werden.

In dieser Broschüre präsentieren wir Ihnen die Handlungsstrategien, die im Rahmen der Demografie-Simulation 2050 entwickelt wurden.

Wolfgang Berthaler
Landrat



INHALTE

Grußwort des Landrats	2
Die Voraussetzungen	6
Die Demografie-Simulation 2050	8

Handlungsansätze 11

1. Der Fachkräftemarkt 13

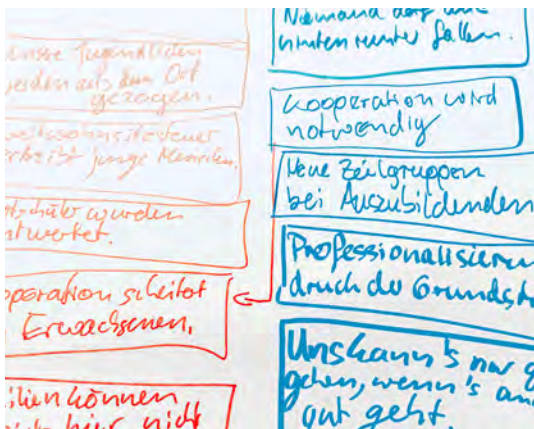
1.1. Ausbildung	13
Engere Vernetzung von Schule und Betrieb	13
Profilierung einer Ausbildungslandschaft	14
Gewinnung von Auszubildenden außerhalb der Kommunen	15
1.2. Fachkräfterekrutierung	16
1.3. Wirtschaftsförderung	18

2. Der Wohnungsmarkt 21

2.1. Stärkung der Kreiswohnbaugesellschaft	21
2.2. Bekämpfung von Leerständen	22
2.3. Überarbeitung der Bauleitplanung und Vorbildfunktion	22

3. Zukunftsfähiges Vereinsleben 25

3.1. Förderung des Senioren-Ehrenamtes	25
3.2. Gemeindegliederung für Engagement nutzen	26
3.3. Unterstützung von Vereinsk Kooperationen	27



4. Mobilität 29

- 4.1. Mitnahmementalität stärken 29
- 4.2. Alternative Verkehrsmittel frühzeitig in der Verkehrsplanung berücksichtigen 30
- 4.3. Zielfahrten mit Bürgerbussen 31

5. Attraktiver Ort für Eltern, Kinder und Jugendliche 33

- 5.1. Ausweitung der Betreuungszeiten 33
- 5.2. Jugendfreundliche Gemeinde 34
 - Nachfahrten 34
 - Jugendbeteiligung 35

Schlusswort 37

Impressum 40

Die Voraussetzungen

Die Kommunale Jugendarbeit beschäftigt sich in ihrer originären Aufgabe mit der Sicherung und Verbesserung der Lebensbedingungen junger Menschen. Die Thematik des Demografischen Wandels betrifft insofern diesen Aufgabenbereich, da er sich mit folgenden Fragen beschäftigt: Was passiert eigentlich mit den Jungen in einer Gesellschaft, die immer älter wird? Wohin orientieren sie sich? Und welche Konsequenzen stellt dies für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung dar? Aus diesen Fragestellungen heraus entstand die Idee eines landkreisweiten Projektes in Zusammenarbeit mit der S&N Kommunalberatung aus Köln. Im Oktober 2015 fand deren Demografie-Simulation 2050 in 10 Kommunen des Landkreises Rosenheim statt. Die Auswahl der Gemeinden

erfolgte unter Einbeziehung und Berücksichtigung von Größe, geografischer Lage, Demografischer Modellrechnung des Landesamtes für Statistik Bayern und bereits aktuell formulierten Problemstellungen. Es sollte ein möglichst breites Abbild des nach Einwohnerzahlen zweitgrößten Landkreises in Bayern erstellt werden. An zehn aufeinanderfolgenden Werktagen führte die S&N Kommunalberatung zusammen mit der Kommunalen Jugendarbeit Workshops in den jeweiligen Kommunen mit einer durchschnittlichen Dauer von 6 Stunden durch. Die erarbeiteten Ideen und Handlungsansätze werden in dieser Broschüre der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Teilnehmende Gemeinden waren:



Wasserburg



Landkreis
Rosenheim



Bad Aibling



Kolbermoor

Rosenheim



Gstadt



VG Breitbrunn



Prien



Chiemsee



Bad Feilnbach



Neubeuern



Samerberg



Brannenburg



Aschau im
Chiemgau

Die Demografie-Simulation 2050



Der Demografische Wandel bleibt in vielen Beratungen auf einer abstrakten Ebene. Balkendiagramme und Zahlenreihen machen zwar deutlich, dass man das Thema der Demografischen Entwicklung nicht ignorieren darf, aber sie regen nicht zur Ausarbeitung konkreter Handlungsstrategien an. Daher haben wir zusammen mit der S&N Kommunalberatung in Köln deren Demografie-Simulation 2050 in zehn Kommunen des Landkreises durchgeführt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer setzten sich aus Bürgermeister*innen, Gemeinde- oder Stadträt*innen, Vertretern von Vereinen und Verbänden, Sozialen Einrichtungen und Verwaltungsmitarbeitern der Kommunen zusammen. Bei dieser Simulation handelt es sich um eine spielerische Annäherung an das Thema Bevölkerungsverän-

derung in Kommunen mit weniger als 20.000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Die Simulation konzentriert sich auf das Alterssegment der 10-20-Jährigen und deren geringer werdende Zahl im Lauf der kommenden Jahre. Jede Person wird in der Simulation durch eine Spielfigur repräsentiert. Jede Altersstufe bekommt eine eigene Farbe. Alle Spielfiguren gehen konkreten Schul-, Berufs- oder Freizeitaktivitäten nach. Durch die schrittweise Verringerung der Anzahl der Jugendlichen im Lauf der Zeit wird deutlich, welche Auswirkungen dies auf den Fachkräftemarkt, die Ausbildungsbetriebe, die Schulen und das Vereins- und Gesellschaftsleben in unseren Kommunen haben wird. Ausgehend von diesen Beobachtungen bilden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer



der Simulation ihre eigenen Hypothesen darüber, wie sich unterschiedliche Akteure in der Kommune verhalten werden. So prognostizieren manche beispielsweise den Zusammenschluss von Vereinen, andere gehen von deren Niedergang aus. Man vermutet, dass Ausbildungsbetriebe deutlich mehr für Auszubildende bezahlen werden, andere befürchten auf Dauer Betriebsschließungen. Damit die Kommunen der Entwicklung nicht nur passiv gegenüberstehen, können sie ausgehend von ihren Hypothesen Handlungsstrategien entwickeln, wie sie diesen Herausforderungen aktiv begegnen, um im Demografischen Wandel erfolgreich bestehen zu können.







HANDLUNGSANSÄTZE



1. Der Fachkräftemarkt

Eine immer geringer werdende Anzahl junger Menschen in Deutschland bedeutet eine große Herausforderung für unseren Fachkräftemarkt. Bedenkt man zusätzlich, dass die geburtenstarken Jahrgänge der sogenannten Babyboomer mit der Spitze der 1964 Geborenen voraussichtlich 2031 in Rente gehen werden und sich damit auf einmal ein erheblicher Anteil von Fachkräften gleichzeitig verabschieden wird, wird der aktuelle Handlungsbedarf noch deutlicher. Schon heute können nicht alle Ausbildungsstellen im Landkreis besetzt werden. Oftmals wird die erfolglose Suche nach Auszubildenden noch als Zufall oder Einmalereignis bewertet. Zu wenig wird reflektiert, dass junge

Menschen insgesamt weniger werden und damit von Jahr zu Jahr die Wahrscheinlichkeit für alle Betriebe im Kreis sinkt, geeignete Auszubildende zu gewinnen.

Ausgehend von der Erkenntnis, dass es sich beim Auszubildendenmangel um ein strukturelles Problem handelt, konnten unterschiedliche konkrete Handlungsideen entwickelt werden.

1.1. Ausbildung

Engere Vernetzung von Schule und Betrieb

Langfristig sinkende Schülerinnen- und Schülerzahlen bedeuten auf Dauer gesehen im gesamten Landkreis, dass häufig Schulgebäude überdimensioniert sind und Räume frei werden. Daran ändert

auch die aktuelle Flüchtlingssituation lediglich akut und punktuell etwas. Um auch dem häufig in den Augen der Eltern- und Schülerschaft nicht mehr so angesehenen Handwerk eine Aufwertung zukommen zu lassen, könnten Ausbildungswerkstätten in frei werdende Räume von Schulgebäuden integriert werden. Hierdurch könnten Unternehmen günstige Werkstatträume finden und gleichzeitig würde die Nähe zwischen Schülerschaft und lokalen Ausbildungsbetrieben erhöht werden.

Die örtlichen Wirtschaftsverbände könnten als Mittler für verschiedene Ansätze dienen: Die Einbeziehung der örtlichen Betriebe in Projektwochen an Schulen wäre vielerorts ebenso erstrebenswert wie die Zusammenstellung von Praktikumspaketen, bei denen die Jugendlichen im Rahmen der Schulischen Praktika nicht nur einen Betrieb, sondern ganze Berufsgruppen kennenlernen.

Profilierung einer Ausbildungslandschaft

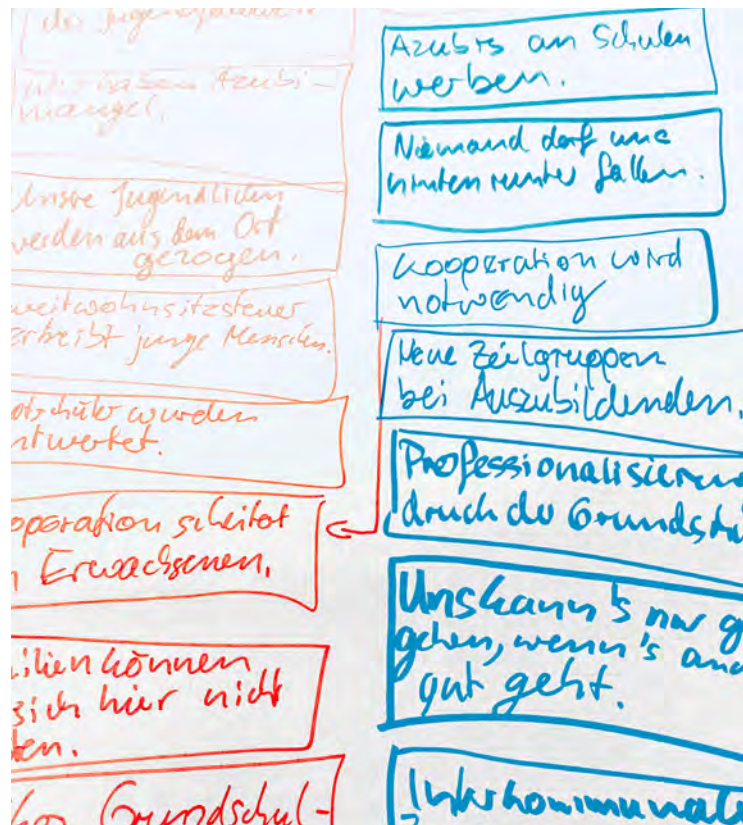
Wenn Kommunen mit ihren Handwerksbetrieben bestehen wollen, können sie diese bei der Profilierung und Vernetzung aktiv unterstützen. Der Austausch zwischen den Lehrbetrieben kann angeregt werden, damit junge Menschen nicht nur ein isoliertes Handwerk lernen, sondern durch Kooperationen von Betrieben auch erweiterte Fähigkeiten aus unterschiedlichen Bereichen sammeln und Zusammenhänge begreifen. Somit bleiben sie gegenüber industriellen Ausbildungsbetrieben konkurrenzfähig und die Qualität der Fachkräfte am Ort wird gesteigert.

Die Kommune kann solche Prozesse unterstützen, indem sie möglicherweise Ausbildungszentren errichtet und deren spezifische Ausrichtung als Teil eines Gemeindemarketings begreift. So treten öffentlich nicht nur die einzelnen Berufssparten in den Fokus, sondern ganze Ausbildungscluster mit einem besonderen Profil als markanter Punkt in der Ausbildungslandschaft. Aus diesem Ansatz könnten zum Beispiel Zentren für traditionelles Handwerk entstehen.

Gewinnung von Auszubildenden außerhalb der Kommunen

Durch eine klare Profilierung der Ausbildung vor Ort können auch junge Menschen dafür gewonnen werden, in einer entfernten Kommune eine Ausbildung zu absolvieren oder sogar den Landkreis zu wechseln. Allerdings können sich diese im Landkreis Rosenheim kaum Wohnraum leisten. Die Quadratmeterpreise sind durch die wirtschaftliche Stärke des Kreises, die Nähe zu München und die landschaftliche Attraktivität sehr hoch. Von Auszubildendengehältern kann Wohnraum kaum finanziert werden. Daher wohnen die meisten Auszubildenden bei ihren Eltern. Sollte es ein Ziel sein, Auszubildende von außerhalb in den Landkreis Rosenheim zu holen, dann müsste geeigneter günstiger Wohnraum für Auszubildende in Form von kleinen Wohneinheiten oder Azubi-Wohnheimen geschaffen werden. Eine mögliche Handlungsstrategie wäre hierbei die gemeinschaftliche Schaffung von Wohnraum durch die Kommunen und Betriebe im Sinne von Betriebswohnungen.

Da der Landkreis Rosenheim eine begehrte Urlaubsregion darstellt, ist auch die Schaffung von Angeboten wie „Praktikum und Urlaub“ denkbar. Durch eine Vernetzung von Handwerks- und Gewerbeverbänden mit den Verkehrsämtern und Touristeninformationen könnten Jugendliche während des Urlaubes die heimischen Betriebe und die Möglichkeiten im Landkreis kennenlernen.

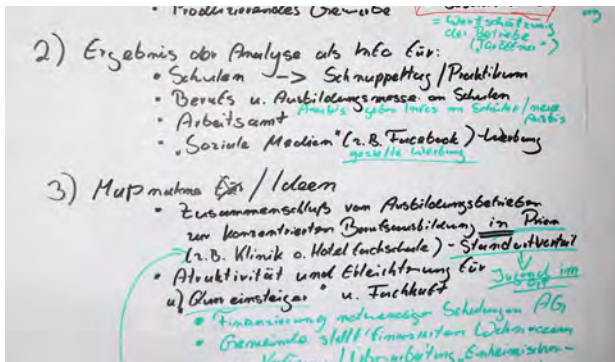


1.2. Fachkräfterekrutierung

Im gesamtpolitischen Interesse können Kommunen unabhängig von den Einzelbetrieben unterschiedliche Maßnahmen zur Stärkung des heimischen Fachkräftemarktes ergreifen: Um die Bindung zur Heimatgemeinde von Personen, die für das Studium oder aus privaten beziehungsweise beruflichen Gründen den Landkreis verlassen, zu erhalten, könnten nachhaltige Informationsstrukturen geschaffen werden. Diese erhöhen die Rückkehrwahrscheinlichkeit. Online- als auch offline-Anwendungen können hierbei zum Tragen kommen. Insbesondere Formen der personen- und interessensbezogenen Kommunikation sind vielversprechende Ansätze.

Zur weiteren Rekrutierung für junges Fachpersonal könnten Modelle entwickelt werden, bei denen ein Anreiz in Form von Zuschüssen oder Stipendien für Praktika oder das praktische Jahr in Kooperation mit den ortsansässigen Unternehmen vergeben werden. Diese sind sowohl für den medizinischen Bereich als auch für Bachelor- oder Masterarbeiten denkbar. Ein Stipendium könnte zum Beispiel an eine Rückkehrklausel in einen heimischen Betrieb gekoppelt sein.





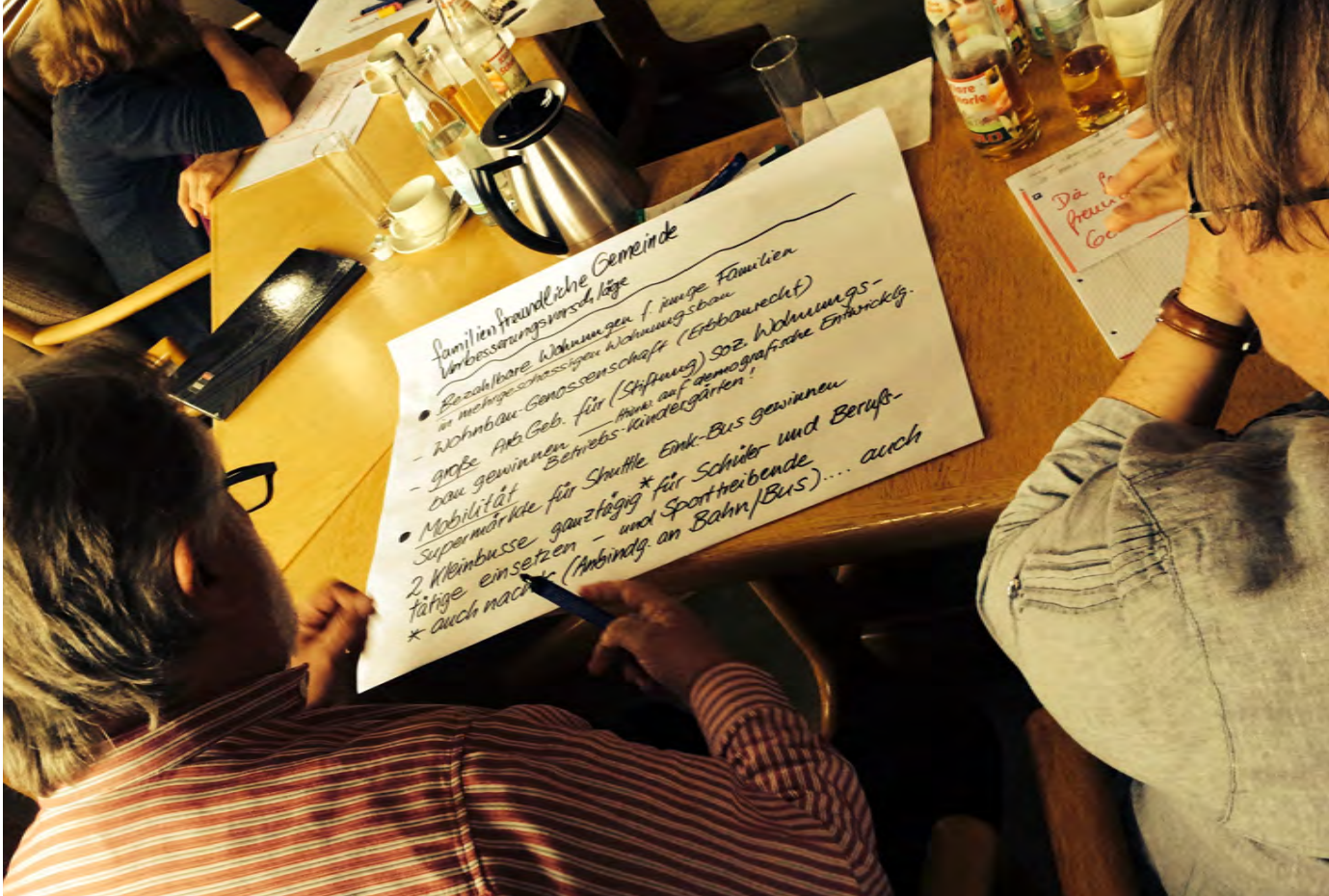


1.3. Wirtschaftsförderung

Im ländlichen Raum weicht der Einzelhandel mehr und mehr dem erhöhten Druck. Unternehmensgründungen vor Ort können gefördert werden, indem beispielsweise für besonders innovative Konzepte in den ersten Geschäftsjahren der Einzelquadratmeterpreis unterstützt wird. Auch die Vereinbarung von Kriterien, nach denen Neuansiedlungen bzw. Grundstücksvergaben geprüft werden können und sollen, wäre eine Möglichkeit der langfristigen Planung. Für die Zukunftsfähigkeit der Gemeinden könnten beispielsweise folgende Kriterien angewandt werden:

Familienfreundlichkeit des Betriebes, Altersstruktur der Arbeitnehmerschaft, Anteil an Azubi-Stellen an der Gesamtbelegschaft, Anteil hoch spezialisierter Arbeitsplätze, minimaler Flächenverbrauch bei maximaler Arbeitsplatzbeschaffung, hoher Gewerbesteuerertrag, langfristige Erfolgchancen der Branche. Ziel ist es, eine bewusste Entscheidung darüber zu treffen, welche Unternehmen für die Kommune und deren Bürgerinnen und Bürger langfristig Sicherheit und Stabilität bieten.





2. Der Wohnungsmarkt

Der Demografische Wandel hat unmittelbaren Einfluss auf den Wohnraumbedarf im Landkreis. Da es zunehmend weniger Minderjährige im Raum Rosenheim gibt, wird der Anteil der Bevölkerung, der sich gemeinsam Wohnraum teilt, immer geringer. Eine vierköpfige Familie bewohnt heute einen Wohnraum gemeinschaftlich. Gibt es zukünftig weniger junge Menschen, dann ist bei gleichbleibender Bevölkerungszahl bereits davon auszugehen, dass mehr Menschen eigenständigen Wohnraum suchen. Die Modellrechnungen für den Landkreis Rosenheim besagen darüber hinaus, dass zwar der Anteil der Minderjährigen sinkt, die Gesamtbevölkerungszahl im Landkreis

Rosenheim jedoch durch Zuzug steigen wird. Mit diesem nochmals erhöhten Bedarf muss in Zukunft gerechnet werden.

2.1. Stärkung der Kreiswohnbaugesellschaft

Über viele Jahre hinweg wurde die Schaffung von Wohnraum im Kreis Rosenheim dem privaten Markt überlassen. Allerdings gelingt es auf dem freien Markt nicht, genügend Wohnraum zu vertretbaren Preisen zur Verfügung zu stellen. Daher wäre es ein Anliegen der teilnehmenden Kommunen, die kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft deutlich zu stärken, um die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum voran zu treiben.

2.2. Bekämpfung von Leerständen

Obwohl ein hoher Druck auf dem Wohnungsmarkt herrscht, gibt es auch Leerstände im Landkreis. Vor allem ältere Menschen scheuen sich davor, Wohnraum zu vermieten. Wenn sie die Einnahmen nicht benötigen, fürchten sie häufig die Aufwände, die mit der Auseinandersetzung mit Mietern einhergehen.

Ein Lösungsansatz für dieses Problem könnte sein, dass die Kommune die Verwaltung von leerstehenden Wohnungen und Gebäuden im Auftrag privater Eigentümerinnen und Eigentümer übernimmt und diese gegen Ausfallrisiken versichert. Im Gegenzug für diese Leistung könnte die Kommune einen verringerten Quadratmeterpreis bezahlen und auf diese Weise vergünstigten Wohnraum schaffen.

Um das Eigeninteresse zum Vermieten zu erhöhen, wäre auch parallel zum Unterstützungsangebot eine Strafandrohung in Form von Steuern oder Gebühren für leer stehenden Wohnraum im Sinne von Fördern und Fordern denkbar.

2.3. Überarbeitung der Bauleitplanung und Vorbildfunktion

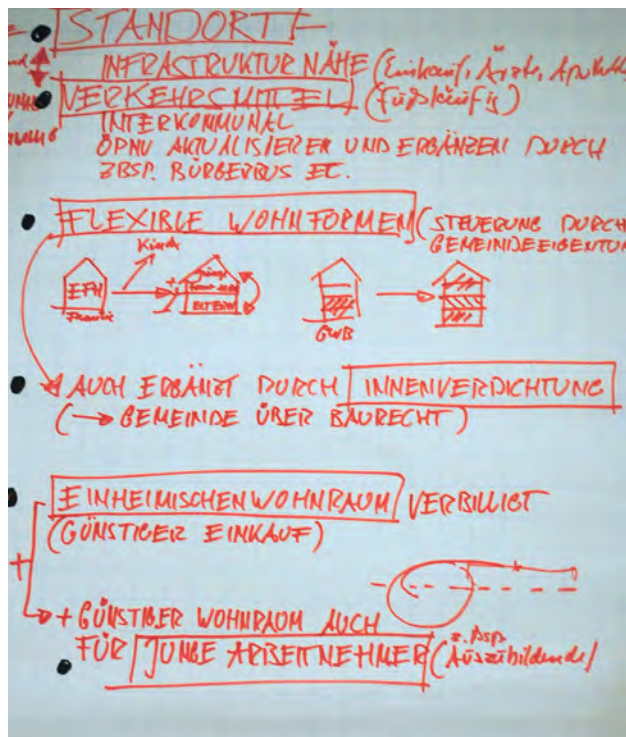
Der stetig wachsende Bedarf an Wohnraum im Landkreis Rosenheim erfordert ein kreisweites Umdenken. In vielen Kommunen kommt das sogenannte „Einheimischen-Modell“ zum Tragen. Hierbei wird einheimischen Personen, die eine bestimmte Zeit bereits Bürgerinnen und Bürger einer Gemeinde sind, ein vergünstigter Quadratmeterpreis bei der Vergabe von neu ausgewiesenem Bauland geboten. Bedingung bei der Erschaffung



von Eigenheim zu diesen vergünstigten Konditionen ist die ausschließliche Eigennutzung für eine festgelegte Dauer.

Eine Überarbeitung dieser Förderrichtlinien weg vom Einheimischen-Modell hin zur Förderung bestimmter Bauformen wie z.B. barrierefreie Einliegerwohnung wären anzustreben, um eine grundsätzliche Option auf mehr Wohneinheiten zu gewährleisten. Im konsequentesten Schritt würden ausschließlich derart gestaltete Pläne genehmigt werden.

Bei eigenen Bauvorhaben sollten die Kommunen Vorbildcharakter zeigen. So sollte bei kommunalen Planungen immer auch Wohnraum mitgedacht werden. Im Idealfall entscheidet man sich für Geschosswohnungsbau ab fünf Etagen, da ab dieser Höhe gesetzlich vorgeschrieben ein Aufzug vorhanden sein muss. Dies würde langfristig altersgerechten Wohnraum im Landkreis sichern.





3. Zukunftsfähiges Vereinsleben

Die meisten Vereine und Verbände organisieren ein gesellschaftliches Miteinander unterschiedlicher Generationen. Viele Vereine setzen dabei allerdings noch stark auf das Engagement der Jüngeren. Insbesondere Sportvereine und Feuerwehren stehen vor der Herausforderung, ihr Ehrenamt der geringer werdenden Zahl junger Menschen anzupassen. Wenn die Vereine frühzeitig ihre Strukturen so verändern, dass die Aufgaben des Vereinslebens im Miteinander der Generationen bewältigt werden können, dann haben sie auch im Demografischen Wandel eine erfolgreiche Zukunft vor sich.

3.1. Förderung des Senioren-Ehrenamtes

Viele ältere Menschen sind aktiv für andere. Sie engagieren sich an zahlreichen Stellen in der Gesellschaft. Allerdings wird ihr Engagement bislang noch zu wenig für das intergenerationelle Miteinander genutzt. Diese ungenutzte Ressource gilt es abzurufen.

So könnten neue Formen des Ehrenamtes in den Vereinen und Verbänden entwickelt werden. Beispielsweise könnte die häufig stark überlastete Elterngeneration von älteren Vereinsmitgliedern durch die Übernahme von Fahrdiensten für Minderjährige ohne Führerschein deutlich entlastet werden und den Jugendlichen eine regelmäßige Teilnahme ermöglichen. Durch diese Unterstüt-



zung der Jungen im Verein kann auch das Miteinander der Generationen gestärkt werden. Bei der Freiwilligen Feuerwehr könnten beispielsweise ältere Feuerwehrleute, die bereits aus dem aktiven Dienst ausgeschieden sind, Jugendliche von der Schule abholen, die einen weiten Weg mit öffentlichen Verkehrsmitteln haben. Die so gewonnene Zeitspanne reinvestieren die Jugendlichen im Gegenzug in Engagement bei der Freiwilligen Feuerwehr. Dadurch kann eine größere Anzahl an Mitgliederinnen und Mitgliedern für den aktiven Dienst gewonnen werden.

3.2. Gemeindanmeldung für Engagement nutzen

Viele Menschen ziehen in den Landkreis Rosenheim, aber es ist nur wenig über deren Interessen und deren früheres Engagement bekannt. Bei der Anmeldung auf dem Einwohnermeldeamt könnten diese Interessen zukünftig mit erhoben werden. Somit könnten auf freiwilliger Basis Informationen darüber gewonnen werden, wer andernorts bereits bei der Freiwilligen Feuerwehr, in der Kirchengemeinde, im Sportverein oder in anderen Verbänden aktiv gewesen ist. Mit der Zustimmung zur Weitergabe an die jeweiligen Vereine vor Ort und der gezielten Kontaktaufnahme durch die Vereinsvorstände wird der Einstieg ins Vereinsleben am



4. Mobilität

Die Veränderung der Altersstruktur in der Bevölkerung verändert die Bedarfe beim öffentlichen Personennahverkehr. Weniger Schülerinnen und Schüler müssen befördert werden, gleichzeitig steigt der Bedarf an öffentlichem Personennahverkehr durch einen deutlich erhöhten Anteil älterer Menschen. Die ohnehin von Jugendlichen sowie Senioren und Seniorinnen bereits jetzt bemängelten schlechten Verkehrsverbindungen in bestimmten Regionen des Landkreises würden in der Konsequenz in den Kosten immens steigen, wenn keine alternativen intelligenten Lösungen gefunden werden.

4.1. Mitnahmementalität stärken

Das Mitnehmen von Personen im eigenen PKW im ländlichen Raum muss zur Selbstverständlichkeit werden. Hierfür müssen passgenaue Modelle entwickelt werden. Bereits heute existiert eine Vielzahl von Anbietern, die den Mitnahmeverkehr durch Mobilitäts-Apps unterstützen. Für den Landkreis und die Kommunen lohnt sich die finanzielle Unterstützung der Einführung digitaler Systeme, wenn diese bedingen, dass weniger öffentlicher Personennahverkehr in Form von Bussen und Bahnen benötigt wird.

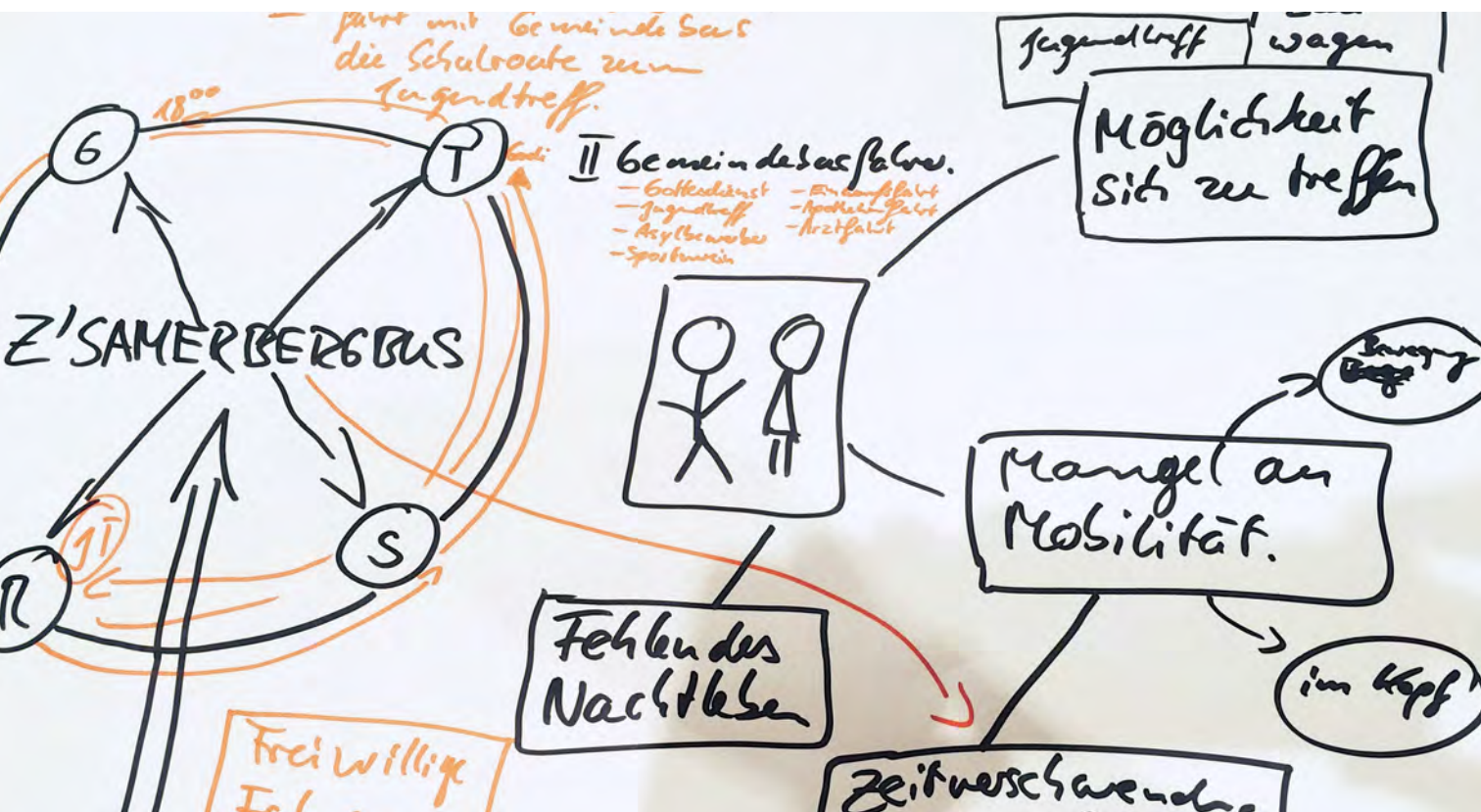


4.2. Alternative Verkehrsmittel frühzeitig in der Verkehrsplanung berücksichtigen

E-Bikes ermöglichen auch älteren Menschen die Nutzung von Fahrrädern. Die Radverkehrsinfrastruktur ist vielerorts jedoch noch nicht ausreichend ausgebaut. Ziel muss es daher sein, auf kurzen Wegstrecken durch attraktivere Radwege mehr Menschen zum Umstieg vom Auto aufs Rad zu bewegen.

Dadurch könnten die chronisch überlasteten Straßen im Landkreis entlastet werden bei gleichzeitiger Sicherung der persönlichen Mobilität.

Neben E-Bikes könnten auch technologische Entwicklungen wie Sagways oder andere motorisierte alternative Fortbewegungsmittel in Zukunft eine größere Rolle spielen. Daher sollten diese bereits heute bei der Radwegplanung bedacht werden, damit deren Verkehr in Zukunft auf diesen Wegen zulässig ist.



4.3. Zielfahrten mit Bürgerbussen

Immer mehr Kommunen in Deutschland setzen eigene Bürgerbusse als Ersatzmöglichkeit zum klassischen Personennahverkehr ein. Zumeist sind Bürgerbusse mit hohen Kosten verbunden und nicht selten ein wenig genutztes Angebot.

Statt Bürgerbusse als Ersatz für allgemeine Buslinien einzusetzen könnten diese für zielgerichtete Fahrten genutzt werden. Beispiele hierfür wären z.B. eine Einkaufsfahrt, eine Facharztfahrt oder Apothekenfahrt, aber auch eine Fahrt zu Veranstaltungen innerhalb der Gemeinde oder zu Sport- und Jugendevents wäre denkbar. Die Finanzierung dieser Fahrten könnten neben Fahrscheinen auch durch die wirtschaftlichen Profiteure der Fahrt erfolgen, wie z.B. Apotheken oder Einzelhändler.



5. Attraktiver Ort für Eltern, Kinder und Jugendliche

Entscheidend für die Zukunft eines Landkreises ist die Attraktivität für junge Menschen. Nur wer gerne hier lebt, bleibt auch dauerhaft oder kommt beispielsweise nach einem Studium wieder zurück. Daher liegt es im Interesse aller Kommunen des Landkreises, dafür Sorge zu tragen, dass Eltern, Kinder und Jugendliche im Landkreis gute Lebensbedingungen für ein sicheres und gesundes Leben und Aufwachsen vorfinden.

5.1. Ausweitung der Betreuungszeiten

Betreuungszeiten werden für immer mehr Eltern zu einem wichtigen Standortfaktor für Wohnortentscheidungen. Um für junge Familien attraktiv zu sein, könnten flexible Betreuungslösungen geschaffen werden. So sollte es auch im ländlichen Raum das Ziel werden, Betreuungslösungen für den Schichtdienst und verlängerte Arbeitszeiten zu schaffen. Eine Profilierung als familienfreundliche Kommune hätte auch die Sicherung der jeweiligen Schulstandorte zur Folge.



5.2. Jugendfreundliche Gemeinde

Nachtfahrten

Für viele Jugendliche im ländlichen Raum ist die Frage der nächtlichen Mobilität eine ausschlaggebende. Sie möchten die zentralen Orte für ihre abendliche Freizeitgestaltung erreichen können und von dort auch nachts die Rückfahrt gesichert wissen.

Ein Modell, um Nachtfahrten für Jugendliche über den Nachtbusverkehr hinaus zu schaffen, könnten nächtliche Rückfahrten von auswärtigen Partyveranstaltungsorten sein. Hierfür könnte die Kommune ein Kontingent an günstigen Berechtigungsscheinen analog der Gemeindebusgröße verkaufen und die Jugendlichen an einem zentralen Sammelpunkt zu einer vereinbarten Uhrzeit abholen und nach Hause fahren.



Jugendbeteiligung

Die Schaffung von dauerhaften Jugendbeteiligungsstrukturen innerhalb der Kommunen ermöglichen zum einen eine höhere Identifikation mit dem Wohnort und zum anderen ein Heranwachsen von engagierten Bürgerinnen und Bürgern. Jeder Jugendliche, der in der Kommune gehalten werden kann, wird in den nächsten Jahrzehnten zählen. Die altgedienten Modelle wie Fragebögen oder Jugendparlamente greifen häufig nicht zufriedenstellend. Es gilt also zukünftig, sich mit neuen und moderneren Formen auseinanderzusetzen.



Die Kommunale Jugendarbeit des Landkreises Rosenheim hat mit den Jugendkonferenzen und den Jugendbeteiligungstagen bereits erste Schritte unternommen. Die Installation von Strukturen in den jeweiligen Gemeinden ist dagegen noch ausbaufähig.





Schlusswort

Unser Dank gilt den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Workshops in den 10 Kommunen. Ihrer Bereitschaft sich auf diesen Prozess einzulassen und einzubringen sind diese Ergebnisse zu verdanken. Sie machten durch ihre Ideen deutlich, dass es viele konkrete Lösungs- und Entwicklungsansätze gibt, mit denen eine Kommune eigenständig die Möglichkeiten vor Ort verbessern kann. Dies nimmt die Ohnmacht vom Thema „Demografische Entwicklung“ und ermöglicht ein aktives Handeln.



Johannes Fischer
Jugendamtsleiter





Impressum

Herausgeber:

Landkreis Rosenheim, vertreten durch Landrat
Wolfgang Berthaler

Texte:

S&N Kommunalberatung, Kommunale
Jugendarbeit des Landkreises Rosenheim

Bildnachweis:

Umschlag, Seite 2 und 3: Manuela Damköhler
Workshop-Bilder: Karola Kellner

Koordination und Schlussredaktion:

Karola Kellner, Kommunale Jugendarbeit
Landratsamt Rosenheim

Design:

S&N Kommunalberatung

2016 – 500 Stück – Alle Rechte vorbehalten –
Copyright Landkreis Rosenheim,
Wittelsbacherstraße 53, 83022 Rosenheim
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit
Genehmigung des Landratsamtes Rosenheim.



